

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsamt
Kriegsblatt Rieser
Fremden Nr. 20.
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschmied, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptkollektors Reichsbehördenbestimmte Blatt.

Postkasson:
Kriegsblatt
Kriegsblatt
Kriegsblatt
Kriegsblatt

Nr. 172.

Mittwoch, 25. Juli 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintritts von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für gewöhnlicher Raum erstlich, wenn der Betrag versät, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Abdrücke unterhaltenstheilige können Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Seckstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Rieser.

Eidgenossenschaft.

Als die Franzosen, nach dem Waffenstillstand, Elsaß-Lothringen besetzten, erklärten sie, daß eine Volksabstimmung über die künftige Staatsangehörigkeit des Landes überflüssig sei, weil der ihnen entgegenkommene „Tubel“ der Bevölkerung laßt genug für den Anschluß an Frankreich gesprochen habe. Ich weiß nicht, was der französische Gesandte in Wien über die unergieblichen Kundgebungen der aus allen deutschen Ländern zusammengeführten Sängerschaft berichtet hat, aber der lausliche Schluß könnte nur der sein: Abstimmung überflüssig, der österreichisch-deutsche Anschluß ist gemacht. Er ist gemacht und zwar in einer Form, die viel enger und bindender ist als die jeder staatsrechtlichen Gemeinschaft. Was in Wien geschehen ist, das kann man, ohne Ueberschwengung, als den Abschluß einer österreichisch-deutschen Eidgenossenschaft bezeichnen. Das Wesen der schweizerischen Eidgenossenschaft bestand darin, daß die Einzelkantone (Kantone) sich verpflichteten, niemals wieder Krieg miteinander zu führen, sondern alle ihre Streitigkeiten durch eine „Tagabundung“ entscheiden zu lassen. Das schwurten sie sich zu, und dieser Schwur hat gehalten, weil auch jeder einzelne Bürger sich als „Eidgenosse“ durch diesen Schwur zum Frieden verpflichtet fühlte. Man kann sagen, daß das, was in Wien in diesen Tagen zum Ausdruck kam, nichts war als der Drang, einander zu versichern, daß es nichts, aber auch nichts in der Welt gibt, das insofern wäre, Deutsche — sie mögen nun leben, wo sie wollen — jemals die Waffen gegeneinander erheben zu lassen. Ob das in Eidgenossenschaft ausgedrückt wurde oder nicht, ist völlig gleichgültig. Das Wesen der Eidgenossenschaft ist erfüllt — das ist jedem klar, der die jubelnden Scharen auf der Ringstraße und im Traiser gesehen und ihren Herzschlag gefühlt hat. So steht dem, trotz allen Verboten der diplomatischen Verträge von Versailles und Saint-Germain, der „deutsche Bloß“ da. Er steht bei weitem fester, als wenn er staatsrechtlich geschlossen wäre. Ja, wenn man in Paris, Rom, Prag, Belgrad die Dinge ohne Heulerie, mit sachlicher Mäßigkeit betrachten wollte — vielmehr: könnte! — würde man sogar begreifen, daß die Aufhebung des Anschlußverbotes Österreichs und Deutschlands nicht in eine gewisse Verlegenheit leben würde. Dann müßten nämlich die trockenen Geschäftsverhandlungen über Zollanschluß, Finanzausgleich, gemeinsames Münzwesen, über hundert andere Einzelheiten beginnen, die durchaus nicht durch heftige Reden, sondern nur durch mühsames Nachdenken, Rechnen, gegenseitige Rücksichtnahme zu lösen sind. Die Anschlussbewegung, die ja doch nicht zu hindern ist, würde dann in das sachliche Stadium treten, in welchem sie, selbst bei beiderseitigen guten Willen, langsamer vom Fleck läme als heute. Aber weder in Paris noch in Rom noch in Prag noch in Belgrad sieht man die Dinge sachlich. Man steht in allen vier Städten nur den gefährlichen „deutschen Bloß“ und ist sich nicht klar über die wirklichen Gefahren, die aus der irdischen Verbotspolitik entspringen müssen. Wäre man in den genannten Hauptstädten geneigt, über den Anschluß zu verhandeln, anstatt sich zu ängstigen und zu schimpfen, daß gewisse Bedingungen gestellt und auch von Österreich und Deutschland zugestanden würden. Aber man scheint bei den Anschlußgegnern ganz ratlos zu sein und das einzige Ziel in der Negativität, in dem dummen, trostlosen und wirkungslosen „Rein!“ zu erblicken. Man will eine moralische Größe, das deutsche Selbstbewußtsein, durch Gewalt unterdrücken, während die eigene Geschichte von Frankreich, Italien, Tschechoslowakei, Jugoslawien den Staatsmännern dieser Länder zeigen müßte, wie wirkungslos gerade die Gewalt gegenüber nationalem Selbstbewußtsein ist. Die schweizerischen Wälder, die wir hier bekommen, zeigen gegenüber den Wiener Kundgebungen eine geradezu lässliche Verlegenheit. Sie stellen fest, daß es sich um „politische“ Kundgebungen gehandelt habe. Rein, es hat sich um mehr gehandelt: nämlich um Politik, um Politik, die vom Volke gegen den Willen der Entente-Staatsmänner gemacht worden ist. Der unerklärliche Wille, sich als ein Volk, als national geeinte Masse zu betrachten, ist ein politisches Ereignis, das die Diplomaten mit allen Klünsten nicht aus der Welt schaffen können. Uebrigens werden wir sehen, was London und Washington sagen werden, wo man doch etwas weitersieht und den Scheitlerhorizont der kontinentalen Diplomaten nicht ganz begreift.

Österreich und Deutschland werden unterdessen ihre Angleichungsbestrebungen auf wirtschaftlichem, juristischem Gebiet vorziehen. Es gibt eine ganze Reihe von Dingen, in denen Einheitlichkeit hergestellt werden kann, ohne daß die Kontrahenten von Versailles und Saint-Germain hineintreten dürfen. An der Verbesserung der Verkehrsverbindungen muß unablässig gearbeitet werden. Der Eisenbahntransport der riesigen Sängerscharen ist ohne Zwischenfall vorantreten gegangen. Ein solcher Massenverkehr muß der übliche werden, und wie Präsident Löbe es schon gesagt hat: Wenn Deutsche aus Österreich zurückkommen, so haben sie nicht das Gefühl, im Ausland gewesen zu sein. Wir haben es in der Nacht, das Gefühl der Grenze immer mehr verschwinden zu lassen. Und gerade das Verschwinden dieses Grenzgefühls ist das entscheidende dafür, daß Reich und Österreich ein ungetrenntes Ganzes sind.

Reichstagspräsident Löbe zur Anschlußfrage.

Wien, 24. Juli. Heute nachmittag wurde im Gemeinderatsgebäude in Anwesenheit zahlreicher österreichischer und reichsdeutscher Parlamentarier aller Parteien die Gründungsversammlung der Ortsgruppe Graz des Österreichisch-deutschen Sängerbundes abgehalten. Bürgermeister Rindler beehrte die Gäste, insbesondere den Reichstagspräsidenten Löbe und gab der Uebersetzung Ausdruck, daß die im Zeichen des Deutschen Sängerbundes feststehende Ortsgruppengründung für den Anschlußgedanken in der Bevölkerung der Stadt und des Landes den entsprechenden Widerhall finden werde. Präsident Löbe, von der Versammlung mit großem Beifall empfangen, gab seiner Freude Ausdruck, daß er bei der Ortsgruppengründung des Sängerbundes zugegen sein könne, den er seinerzeit mit ins Leben gerufen habe. Wir strecken, fuhr er fort, unsere Hand nicht aus nach einem fremden Gut und fremdem Volk, sondern wir appellieren an das Gefühl, das die Entente ins Leben gerufen hat, dem deutschen Volk aber verweigert. Wir wollen uns mit niemand vereinen, der nicht freiwillig zu uns kommt. Das deutsche Volk, das soviel unglückliche Bestimmungen der Völkerbundsatzung ertragen muß, klammert sich an die einzige glückliche Bestimmung dieser Satzung, die vorsteht, daß der Wille der Deutschen im Reich und in Österreich nach Vereinigung vollzogen werden kann. Der Redner erinnerte daran, daß Bundeskanzler Dr. Seipel dem Ansuchen der Kleinen Entente, Österreich einem nichtdeutschen Wirtschaftskörper anzugehören, mit der Antwort abgelehnt habe, nichts ohne Deutschland zu tun. Wir haben, so erklärte der Reichstagspräsident, als wir bei Dr. Seipel erschienen, ihm erklärt, daß auch Deutschland nicht ohne Österreich tun werde. Lassen Sie uns, schloß Löbe, in diesem Sinne weiter an der großen Idee der nationalen Einigung arbeiten. Es wird der Tag kommen, an welchem in den deutschen Reichstagen auch die Vertreter Österreichs einziehen werden. Die Versammlung nahm sodann die beschloßliche genehmigten Statuten an und wählte die Ortsgruppenleitung.

Die Antwort der Wiener Blätter auf die französischen Blätterstimmen zum Sängerbundesfest.

Wien. Ein Teil der diesigen Presse antwortet heute auf die Pariser Blätterstimmen zum Sängerbundesfest. So schreibt die Neue Freie Presse: Dieser Sturm gegen das Sängerbundfest ist eine Neuerung des schlechten Gewissens. Jetzt wundern sie sich darüber, wenn Österreich seiner nationalen Natur gehorcht, und wenn es innerlich die Konsequenzen zieht aus den Mißhandlungen und Bedrückungen, die ihm ebenso wie Deutschland die Gewaltverträge auferlegt haben. Aber kein Mensch in Deutschland oder Österreich ist so verblendet, daß er glauben könnte, der Anschluß sei eine Sache von heute zu morgen und wäre mit Gewalt durchzuführen. Sowohl Österreich wie Deutschland brauchen den Frieden, und besonders in Deutschland denkt niemand daran, Österreich zu annektieren oder gar an eine Politik, welche eine deutsche Hegemonie in Europa aufreichte, wolle. Auch würde es Österreich nicht im Traum einfallen, für einen neuen Imperialismus oder Militarismus zu bluten. Das Neue Wiener Journal erklärt: Es wundert sich niemand in Deutschland und Österreich, daß die französische Presse den schönen deutschen Tag in Wien und das Bestehen des Reichstags nicht stillschweigend hingenommen hat. Wir müssen es aber als einen großen Fortschritt bezeichnen, daß aus all diesen Neuerungen bereits eine gewisse Mäßigung hervorgeht, wie man sie noch vor ganz kurzer Zeit niemals hätte erhoffen dürfen. Demnach

kann man ruhig abwarten, bis sich die so ängstlichen Gemüter auch daran gewöhnt haben werden. Die Welt wird sich dann überzeugen können, daß ein vereinigtes Deutschland-Österreich ein viel härterer und sicherer Friedensfaktor ist in Europa als eine Gruppe von sechs Millionen gewalttätig zurückgehaltener Deutsche, augenblicklich in Österreich unter dem Diktat einer durch die historische Entwicklung immer mehr hinfälligen Verfürgung zu leben gezwungen sind. Die Wiener Neuesten Nachrichten lesen: In Paris scheint man die Weltbedeutung der Wiener Festtage darin zu erblicken, daß man aus ihnen wieder einmal eine Ursache für den Weltfrieden oder doch für den Frieden Mitteleuropas herauskonstruieren möchte. Was soll der heuchlerische Hinweis auf den bedrohten Frieden Mitteleuropas heißen? Dieser Frieden könnte doch nur bedroht werden, wenn die französische Regierung jemals den Entschluß fassen sollte, ihr eigenes Volk und das der bisherigen Vasallenstaaten von Frankreich zum Kampfe gegen die deutsche Einheit aufzubieten. Frankreich und nicht Deutschland wäre dann der Angreifer, der den Frieden Europas bedroht.

Der Manchester Guardian gegen die französische Anschlußfrage.

London. (Tel.) Der Pariser Mitarbeiter des Manchester Guardian erklärt in einer Kritik der französischen Pressestimmen zum Wiener Sängerbundesfest, jedes Exzessivität während der Wiener Feste, wie das Singen des Deutschlandliedes und die Rede des Reichstagspräsidenten Löbe wurden in Paris als so schwerwiegend erachtet, daß eine politische Rückwirkung mehr als wahrscheinlich sei. Wie bei allen wichtigen Begebenheiten sei in der Presse eine Einkimmigkeit zu verzeichnen, die auf amtliche Einwirkung hinweise. Dabei müsse man anmerken, daß der Ton, der jetzt angeschlagen werde, dem einer Drohung gleichkomme. Das beliebte Argument der Sicherheit, womit auch die Sicherheit Polens und der Tschechoslowakei gemeint sei, werde dabei wieder gegen die Klüftung des Rheinlandes vorgebracht. Deutschland solle nicht nur den politischen Korridor garantieren, sondern solle auch die Garantie abgeben, daß es sich niemals mit Österreich vereinige. Kein Pariser Blatt habe jedoch die Frage angeschnitten für Wert befunden, auf Grund welcher Rechte aus dem Versailler Vertrag oder anderen Verträgen Frankreich und seine Verbündeten zur Verhinderung der deutsch-österreichischen Annäherung einreden könnten. In dieser Hinsicht sei in der französischen Presse nicht ein einziges Beweismittel gegen Österreich vorgebracht worden, das nicht im gleichen Maße auf ein britisches Dominium Anwendung finden könnte. Die Friedensverträge enthielten nichts, was die Forderung einer österreichisch-deutschen Vereinigung verhindern könnte, sie machten nur die Billigung einer solchen Forderung von dem Befehl der Einkimmigkeit in Genf abhängig. Die wahre französische Furcht, so meint das englische Blatt, liege darin, daß dieses Geleg der Einkimmigkeit angeht, der Dinge sich als zweischneidig erweisen werde und daß Frankreich und seine Alliierten eines Tages gegen die eine Seite der Klinge anlaufen würden. Sehe man den Fall, daß die Annäherung eines Tages so weit fortgeschritten sei, daß ein Mitglied der französischen Kontingentsgruppe sich berufen fühlen würde, eine Anklage gegen Österreich in Genf vorzutragen, so würde eine einstimmige Verbannung durch den Rat sicherlich schwer zu erreichen sein. In der Pariser Presse spreche man davon, unter Umständen eine Anklage gegen die Wiener Regierung wegen Verletzung der Souveränität zu erheben. Eine solche Klage könne jedoch juristisch nicht abgelehnt werden, ohne in gleicher Weise für Australien oder irgend ein anderes britisches Dominium anwendbar zu sein.

Generalausperrung im Diu-Bezirk.

Dillenburg. (Telunon.) Die für heute angelegten Verhandlungen zur Beilegung des Streites in der Metallindustrie finden nicht statt, so daß nach Schlichtschluß die vom Arbeitgeberverband der Siegerländer Gruben und Häuten, Stb. Siegen, für die Häuten- und Metallindustrie an der Diu und oberen Lahn verhängte Generalausperrung in Kraft tritt. Von der Aussperrung werden ungefähr 20 Betriebe mit 7000 Arbeitern betroffen.

Beamtenabbau bei der Reichspost?

Berlin, 24. Juli. Bei der Reichspostverwaltung, ausschließlich des Reichspostministeriums, waren am 1. Oktober 1923 46 Präsidenten der Oberpostdirektionen und 15 Abteilungsdirektoren vorhanden, denen am 1. August 1928 45 Präsidenten, ein Präsident der Verlegungsanstalt und 51 Abteilungsdirektoren gegenüberstanden. Die Zahl der Abteilungsdirektoren ist also um 20 vermehrt worden. Den

560 Oberpostkräten stehen heute nur 478 Oberpostkräte gegenüber. Die Zahl der Postkräte und Postdirektoren ist in demselben Zeitraum von 1922 auf 1536 gesunken. Die Zahl der Postbeamten dagegen ist von 323 auf 779 vermehrt worden. Die Gesamtzahl der höheren Postbeamten, einschließlich der Amtsmänner, betrug in der Betriebsverwaltung am 1. Oktober 1928 genau 2875, denen heute 2871 gegenüberstehen. In den Gruppen VII bis IX (alt) waren am 1. Oktober 1923 41 578 Beamte vorhanden, während es deren heute 42 136 gibt. Es hat also eine geringe Vermehrung von 558 Beamten stattgefunden.

Nach den vom Reichspostministerium gemachten Mitteilungen soll nun von jetzt ab die Zahl der höheren Postbeamten noch um rund 1000 und die Zahl der gehobenen mittleren Postbeamten noch um rund 10 500 vermindert werden, weil nicht genügend hoch bewertete Dienstposten vorhanden sind.

Sicherlich würde ein Teil dieser von der Postverwaltung als überflüssig bezeichneten Beamten freiwillig auscheiden, soweit sie über 60 Jahre alt sind, wenn die Postverwaltung sich entschloße, ihnen bis zum 65. Lebensjahr die Gehalts- und später Pensionsleistungen zu bewilligen.